

# «Dann will niemand Schulrat sein»

Die oberste Baselbieter Schulrätin Ursula Berset sieht schwarz, sollte der Landrat die Führungsstrukturen umkrempeln.

Michael Nittnaus

Heute könnte im Baselbieter Parlament der Grundstein gelegt werden für eine radikale Verschiebung der Führungskompetenzen in der Volksschule. Der Landrat berät in erster Lesung über eine Änderung des Bildungsgesetzes. Die Regierung möchte, dass auf den Sekundarstufen I und II nicht mehr die Schulräte die Schulleitungen anstellen, sondern die Bildungsdirektion. Auf der Primarstufe soll neu der Gemeinderat die Schulleitungen führen. Er kann diese Aufgabe aber auch weiterhin dem Schulrat zuweisen. Die Baselbieter Schulratspräsidentenkonferenz (SRPK) wehrt sich gegen diese Neuorganisation. In einem Brief an alle Landrätinnen und Landräte bittet sie, gar nicht erst auf die beiden Vorlagen einzutreten. Im Gespräch mit der bz zeigt SRPK-Präsidentin Ursula Berset die Konsequenzen auf.

**Frau Berset, die Regierung möchte die Schulräte de facto entmachten. Was sagen Sie dazu?**

*Ursula Berset:* Zuallererst möchte ich festhalten, dass ich das Wort «Entmachtung» nicht angebracht finde. Schulrätinnen und Schulräte sind Praktiker, arbeiten nahe an der Schule und mit ihr zusammen. Es geht nicht um Macht; dieser Begriff gehört nicht ins Bildungswesen.

**Aber ihnen würden viele ihrer heutigen Kompetenzen weggenommen.**

Das stimmt. Wir würden viele Aufgaben und Kompetenzen verlieren, etwa das Anstellen der Schulleitungen oder auch das Besetzen unbefristeter Lehrerstellen. Das Problem ist dabei aber nicht in erster Linie ein Machtverlust, sondern ein drastischer Attraktivitätsverlust unseres Amtes. Unsere Arbeit wäre viel eingeschränkter und nicht mehr gleich spannend. Wir von der Schulratspräsidentenkonferenz befürchten, dass dann niemand mehr Schulrat sein will.

**Der Regierungsrat argumentiert, dass die operative und**



«Gerade für die Schülerinnen und Schüler sehe ich keinen Mehrwert in der Reform», sagt Ursula Berset.

Symbolbild: Tobias Garcia



Ursula Berset, Präsidentin der Schulratspräsidentenkonferenz BL.

**strategische Führung der Schulen bisher nicht klar getrennt war. Der Schulrat soll sich daher auf das Ausarbeiten des Schulprogramms fokussieren, welches er auch genehmigt. Zudem soll er bei Konflikten vermitteln. Genügt Ihnen das nicht?**

Wir hoffen, dass sich wenigstens die Anträge der Kommission durchsetzen. Dann würden wir ein Mitspracherecht bei den Anstellungen der Schulleitungen behalten und offizielle

Beschwerdeinstanz bei den meisten Schüleranliegen sein. Und auf der Primarstufe bliebe der Schulrat das Grundmodell und es bräuchte eine Volksabstimmung, um dem Gemeinderat die Kompetenzen zu übertragen.

**In der Kommission waren die beiden Vorlagen äusserst umstritten, es wurde beinahe nicht darauf eingetreten. Stimmt Sie das nicht zuversichtlich?**

Ich wäre ehrlich gesagt sehr positiv überrascht, würden die Vorlagen es nicht durch den Landrat schaffen. Wir vom Vorstand der SRPK haben ein bisschen resigniert, hoffen aber doch sehr auf die Kommissionsversion. Setzt sich hingegen die Regierungsversion durch, frage ich mich schon, ob es dann überhaupt noch Schulräte braucht. Dazu muss man wissen, dass die ganze Reform ihren Ursprung in der Forderung hatte, die Schulräte ganz abzuschaffen. Doch das war nicht mehrheitsfähig

und nun versucht man, die Aufgaben und Kompetenzen der Schulräte zu schwächen.

**In den vergangenen Jahren schrieben Schulräte immer mal wieder Negativschlagzeilen. Eine Hauptkritik: Schulräte seien keine Bildungsfachleute, sondern oft Laien.**

Es ist ja gerade das Wesen dieses Amtes, dass wir keine Fachleute sein müssen. Wir sind gewählte Volksvertreter und bringen eine Aussensicht, die oft gute Diskussionen entfachen und zu Lösungen führen kann. Dass es an gewissen Schulen im Kanton zu Konflikten mit Schulräten gekommen ist, streite ich gar nicht ab. Aber blickt man auf die Gesamtzahl der Baselbieter Schulen, sind Negativschlagzeilen über Schulräte doch eher die Ausnahme.

**Würde es das Amt für Volksschulen der Bildungsdirektion schlechter machen?**

Wenn neu die Verwaltung in direkter Linie die Schulen führt,

bezweifle ich, dass das gut kommt. Sie ist viel weiter weg vom Schulalltag als wir. Und Gemeinderäte dürften weniger Zeit für die Schulführung haben. Am Ende geht es doch um die Schülerinnen und Schüler – und gerade für sie sehe ich keinen Mehrwert in der Reform.

**Hand aufs Herz: Finden Sie denn das heutige System in Baselland ideal?**

Nein, dass wir für die Primarstufe mit den Gemeinden eine andere Trägerschaft haben als für die nachfolgenden Schulstufen, verhindert eine konsistente Führungsstruktur. Deshalb sollte erst die Frage der Trägerschaft gelöst werden. Unsere Idealvorstellung wäre, dass der Kanton das Schulwesen in der ganzen Volksschule übernimmt. Stattdessen bringen jetzt zwei Vorlagen zwei Führungssysteme plus verschiedene Untervarianten für die Gemeinden und damit einen riesigen Flickenteppich. Das ist der Schulführung eines Kantons nicht würdig.